Morgen-Ausgabe
mit illustriertem Sportblatt

Preis 30 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg. | Mittwoch, 22. Juni 1921 | Nr. 286 A 69

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt; jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich nachstehende Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 4783-88.

Bezugspreis monatlich M. 24.—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerdem bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile M. 1.50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile M. 4.50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5950-88.

Tages-Spiegel.

Der Reichsrat nahm gestern das Getreideumlagegesetz an.

*

Der Reichstag nahm gestern das Mietssteuergesetz in zweiter Lesung an.

*

Im bayerischen Landtage begann gestern die Interpellation wegen der Ermordung Gareis'.

*

Das Grubenunglück bei Herne hat 85 Tote gefordert.

Die Tagung des Völkerbundsrats.

Der Rat des Völkerbundes, der gegenwärtig in Genf versammelt ist, hätte sich programmäßig zunächst mit der Frage der Mandatsgebiete beschäftigen sollen. Dieses heikle Kapitel ist für den Tag vertagt worden. Nach dem Völkerbundsstatut ist nämlich das Mandat im Namen des Völkerbundes auszuüben, so daß diese internationale Einrichtung tatsächlich ein Kontrollrecht hätte ausüben können. Aber der heutige Völkerbund ist ja keine ernst zu nehmende Organisation, sondern nur ein Mittel für Frankreich und England, um unter dem Deckmantel der Internationalität ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Es gibt aber Punkte, über die Paris und London verschieden denken. Der „Temps" hält es z. B. für erforderlich, den Charakter der Mandate als einen Auftrag seitens des Völkerbundes besonders zu unterstreichen. Der britische Kolonialminister Winston Churchill, dem zugleich die Sorge für die englischen Mandatsgebiete obliegt, hält es hingegen für überflüssig, Palästina zu einem Vertreter des Völkerbundes zuzulassen, da dadurch nur Verwicklungen hervorgerufen würden. Die Frage der Mandate sollte in Genf eingehend erörtert werden, als Churchill dem ersten östlichen Programm dargelegt und Lord Curzon sich zur Besprechung mit Briand nach Paris begeben hatte. Der Meinungsaustausch zwischen Paris und London hat Uebereinkunft haben, hat es natürlich nicht gewagt, ein Thema zu berühren, über das Vormächte dieser internationalen Einrichtung geteilter Meinung sind. Selbstverständlich hat man die Mandatsfrage daher von der Tagesordnung abgesetzt. Der „Temps" freut sich darüber und meint, die Pläne auf Einsetzung des Emir Faissal in Mesopotamien und seines Bruders Abdullah in Transjordanland würde dadurch auf die lange Bank geschoben. Der „Temps" vergißt nur, daß Faissal sich bereits auf dem Wege nach dem Zweistromlande befindet, um dort die Bevölkerung für seine Kandidatur zu gewinnen. Wenn diese sich, was bei einigermaßen geschickter Bearbeitung durch den britischen Kommissar Sir Percy Cox nicht schwierig sein dürfte, für den Sohn des Königs des Hedschas aussprechen, so wird auch der Völkerbund nicht viel gegen die Übernahme des Mandats einwenden können. Abdullah regiert bereits in Transjordanland, wo er Churchill zufolge auch die Zufriedenheit der französischen Behörden in Syrien erlangt hat. Ob die Franzosen gerade für geschickt handeln, wenn sie gegen die Familie des Königs Hussein von Mekka dauernd arbeiten, soll dahingestellt bleiben. Dies könnte sich einmal in Syrien und Nordafrika in sehr unbequemer Weise rächen, denn König Hussein wird bei den Pilgerfahrten nach Mekka zweifellos Gelegenheit haben, die Mohammedaner aus französischen Gebieten unterstellten Gegenden bearbeiten zu lassen. Von den heiligen Stätten können die Franzosen schließlich die Muslime aus ihrer Machtsphäre nicht bannen fernhalten. Die Hetze gegen Faissal und Abdullah kann also ein sehr zweischneidiges Schwert sein.

Der Völkerbund hat es also vorgezogen, die Mandatsfragen aus der britisch-französischen Rivalität im Orient auch die ehemaligen deutschen Kolonien umfassen, von der Tagesordnung abzustellen und den Einspruch Amerikas, das bekanntlich mit der Charter Organisation nichts zu tun haben will und darauf aus ist, eine eigene Vereinigung der Völker zu schaffen, gegen die Ueberfassung der Kabel auf Japan zu Fall zu bringen. Schließlich hat das britische Petroleummonopol in Mesopotamien vorläufig auf sich beruhen zu lassen. Japan hat sich bereits unmittelbar bereiterklärt, den Amerikanern hinsichtlich der Kabel entgegenzukommen. Die Frage des Petroleummonopols bildet dagegen, wie man weiß, eine der ernstesten Meinungsverschiedenheiten zwischen England und den Vereinigten Staaten. Auch hier wird es kaum jemals Sache des Völkerbundes sein, einzugreifen, sondern die Angelegenheit wird im Zeichen der britisch-amerikanischen Auseinandersetzung einmal ihre Erledigung finden.

Inzwischen ist der Rat des Völkerbundes dazu übergegangen, sich mit dem Problem der „Aaland-Inseln" zu beschäftigen. Die beiden Bewerber um die Inselgruppe, Schweden und Finnland, sind unter diesen Umständen von Schicksalen benutzt, ihren Standpunkt in der Angelegenheit darzulegen. Sachverständige, unter ihnen der frühere Schweizer Bundespräsident Calonder und der ehemalige belgische Minister des Aeußern Baron Beyens, haben die Inseln besucht und Gutachten ausgearbeitet. Frankreich, das mit starkem Eifer weiterhin bemüht ist, Schweden in erster Linie als Bollwerk gegen den Bolschewismus in sein Fahrwasser zu leiten, nimmt ziemlich offen für die Schweden Partei. Es greift der „Temps" das Gutachten der Sachverständigen an, insoweit es für Finnland günstig ist. Man wird abwarten müssen, ob der Rat des Völkerbundes imstande sein wird, eine auch nur einigermaßen gerechte Lösung des verwickelten Aalandsproblems zu finden, bei dem sowohl Schweden wie Finnen gewichtige Gründe für die Berechtigung ihrer Ansprüche ins Feld führen können.

Was bei der Besprechung der deutschen Einbrüche gegen das Verhalten der Franzosen im Saargebiet vom Völkerbund bisher gesagt worden ist, läßt große Hoffnungen nicht gerade aufkommen.

z.

Das neue Wiener Kabinett.

Eigene Drahtmeldung.

Kbg. **Wien**, 21. Juni.

Der Nationalrat hat heute in einer kurzen formellen Sitzung die Wahl des Kabinetts Schober vorgenommen, dem nur zwei Parlamentarier und im übrigen acht Beamte als Minister angehören. Die Christlichsoziale Partei hat als ihren Vertreter den bisherigen Minister für Heereswesen, Baugoin, auf seinem Posten belassen. Die Großdeutschen haben den Wiener Rhoerdoneten Dr. Saber als Minister des Innern entsandt. Das Ministerium des Aeußern übernimmt der Bundeskanzler Schober, wobei ihm der Vertreter, das er bei der Entente genießt, zustatten kommen dürfte.

Als neue Mitglieder gehören dem Kabinett ferner vier Sektionschefs an, die bisher in den Ministerien, deren Leiter sie nun geworden sind, gedient haben, und zwar Dr. Angerer als Handelsminister, Dr. Hemeis als Ackerbauminister, Dr. Power als Minister für soziale Verwaltung und Dr. Rodler als Verkehrsminister. Aus dem Kabinett Mayr übernommen wurden der Finanzminister Dr. Grimm, der Ernährungsminister Grünberger, der Justizminister Altenhof und der Unterrichtsminister Dr. Breisti, der zugleich als Vizekanzler fungiert.

Die Wahl erfolgte mit 99 christlichsozialen und großdeutschen Stimmen gegen 63 sozialdemokratische Stimmen. Der Bundeskanzler wird morgen sein Programm entwickeln.

Das neue Kabinett Witos.

Warschau, 21. Juni. (O. E.) Unter dem Eindruck der Verschärfung der Finanz- und Valutakrise, die von dem Rücktritt des polnischen Finanzministers Strzetowski auslösung, nahm der Ministerrat die Bedingungen Steczkowskis an, worauf dieser seine Demission zurückzog. An Stelle des zurückgetretenen Ravodowski ist Sobolewski zum Justizminister ernannt. Der bisherige Widnatsk Stoinski zum Verpflegungsminister ernannt.

Damit ist das Witos-Kabinett abermals provisorisch verlängert worden (vergleiche Nr. 283 unseres Blattes), und zwar unter Ablehnung einer Erörterung der von der Sejm-Rechten gestellten Mißtrauensfrage. Die Sozialisten haben sich der Regierungskoalition. Die Sozialist-Partei steht nun vor dem Dilemma: entweder stillschweigend auf ihre Wünsche zu verzichten oder den Finanzminister Stolski abzudrosseln.

Für Gewaltpolitik gegen Deutschland.

Eigene Drahtmeldung.

L **Paris**, den 21. Juni.

Die Rede des Generals Heeringen gibt einigen Pariser Blättern Anlaß zu neuen scharfen Angriffen gegen Deutschland. So tut der nationalistische „Intransigeant" den Alliierten an, vor der Anwendung von Gewalt gegen Deutschland nicht zurückzuschrecken, und verlangt, daß Frankreich eine Auseinandersetzung mit Deutschland wegen der im Juni 1919 in Berlin verbrannten französischen Fahnen beginnen und eine Entschädigung verlangen solle. Es sei ein Irrtum, wenn man glaube, daß das Kabinett Wirth sich nur infolge Mißgunst Frankreichs halte; es halte sich nur solange, als eine energische Haltung der Alliierten den deutschen Militarismus niederhalte.

Im „Journal" verlangt der ehemalige Kriegsminister Lefèvre anläßlich der Rede Heeringen gegenüber erneut schnelle und völlige Entwaffnung Deutschlands. Die „Liberté" findet in der Rede Heeringens einen neuen Beweis für die Schiefe der militaristisch-nationalistischen Strömungen Deutschlands und meint, daß die Alliierten mit aller Energie gegen diese Strömung einschreiten müßten. Auch das Kabinett Wirth leiste in gewissen Punkten Widerstand. Man denke nur an die Antimmigkeiten, die zwischen den Berliner Behörden und den Behörden des Rheinlands und dem Reichskommissar in den Rheinlanden von Starck geherrscht haben und den Reichskommissar zum Rücktritt bewogen. Die Alliierten sollten sich gestatten, daß das Kabinett Wirth einen neuen Reichskommissar für die besetzten Gebiete ernenne. Es stehe der deutschen Regierung auf Grund des Friedensvertrags hierzu keinerlei Berechtigung zu. Ein Reichskommissar sei absolut überflüssig. Eine Besserung werde auch trotz eines neuen Reichskommissars nicht erzielt werden, solange das Kabinett Wirth die Anordnung seines Vorgängers nicht aufgehoben habe, wonach die deutschen Behörden sich jeder Einmischung in die Besatzungsbehörden enthalten sollten. Diese Haltung des Reichskanzlers Wirth müsse die Alliierten veranlassen, in ihrer starken Politik gegen Deutschland nicht nachzulassen. Es sei nicht angebracht, die Pfänder und Sicherungen, die die Alliierten am Rhein ergriffen hätten, sei es nun der Zollkordon, die Besetzung der Rheinhäfen usw. aufzuheben.

Auch die sonst gemäßigte „Information" bringt die Rede des Generals v. Heeringen mit der Rede des Reichskanzlers in Essen in Verbindung und fragt sich, welchen von beiden man glauben solle. Die französische Regierung ziehe es vor, eine abwartende Haltung einzunehmen und dabei alle Gravamina, die sie in der Hand habe, zu bewahren. Briand habe diese Ansicht auch am letzten Sonntag Lord Curzon klipp und klar dargelegt. Was in Oberschlesien vorgehe, sei nur eine Bestätigung der französischen Politik und genüge, um die Aufrechterhaltung der Strafmaßnahmen zu rechtfertigen. So lange Generale und Aldeursche in Deutschland so mächtig seien, dürfe der Reichskanzler Wirth nicht auf die Nachsicht der Alliierten zählen.

Saarfragen und Völkerbundsrat.

Die Rechtsprechung im Saargebiet.

Eigene Drahtmeldung.

■ **Basel**, 21. Juni.

Der Völkerbundsrat beschäftigte sich gestern weiter mit den verschiedenen Beschwerden Deutschlands gegen die Verwaltung des Saargebiets. Bezüglich der Entsendung französischer Truppen in das Saargebiet und der Ausübung der Rechtspflege durch französische Kriegsgerichte weist der Rat auf den Versailler Vertrag, der der Regierungskommission des Saargebiets die Aufrechterhaltung der Ordnung übertrage, hin. Deshalb sei sie auch berechtigt, nötigenfalls alle Truppen zu verwenden, die ihr zur Verfügung stehen. Sache der Kommission sei es, den Notwendigkeitsgrad abzumessen. Natürlich sei sie dem Völkerbund in bezug auf die Anwendung ihrer Rechte verantwortlich. Andererseits habe der Rat schon am 12. April 1920 entschieden, daß die Kommission die volle oder teilweise Beibehaltung oder Rückberufen der Truppen, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig seien, verlangen könne, falls diese Hilfe einem Bedürfnis entspringe, der allein zur Bildung einer Saargendarmerie.

In bezug auf die Rechtsprechung der Kriegsgerichte im Saargebiet wies der Vorsitzende der Regierungskommission, Rault, darauf hin, daß in Saarlouis gemäß dem Vertrage von Versailles ein Gerichtshof errichtet worden sei zur Behandlung derjenigen Fälle, die diesen Gerichten nicht unterstehen.

Die Anweisung von Bewohnern des Saargebiets, erklärte Rault weiter, sei durch den Kommandierenden General der französischen Truppen wegen des im August vorigen Jahres ausgebrochenen Streiks der Beamten gegen bestimmte Personen angeordnet worden. Mehr als die Hälfte der Ausweisungserlasse sei aber sofort widerrufen worden. Was die im Friedensvertrage vorgenommene Bezeichnung „Bewohnerdes Saargebiets" angeht, so sollen nach den Angaben der der Regierungskommission auf Grund einer demnächst zur Verfügung stehenden Bestimmung folgende Kategorien vollen Recht genießen, daß Bewohner des Saargebiets zu nennen:

a) alle Personen, die von Eltern abstammen, die zur Zeit ihrer Geburt dort Wohnsitz hatten; ferner den Eltern, die seither im Saargebiet geboren sind und während wenigstens 10 Jahren von dem Zeitpunkt der Geburt dort gewohnt haben;

b) alle Personen, die am 11. November 1918 ihren gesetzlichen Wohnsitz im Saargebiet hatten;

c) jede Person, die seit wenigstens drei Jahren im Saargebiet wohnt und während dieser Zeit im Verzeichnis für die direkten Steuern aufgeführt wurde. Diese dreijährige Frist wird auf ein Jahr herabgesetzt für solche Personen, die Frankreich angehören oder deren Vorlegung eines Anstellungsvertrages beweist, daß sie eine Stellung innehaben, die sie nötigt, im Saargebiet zu wohnen.

Für diese letzte Kategorie kann die Bezeichnung als Saarbewohner den Interessierten allerdings während zweier Jahre verweigert werden, wenn schwerwiegende Gründe hierzu vorliegen, wobei ihnen aber das Recht zusteht, innerhalb zehn Tagen sich bei dem Obergerichtshof zu beschweren. Hervorzuheben ist, daß die Saarbewohner innerhalb dieses Gebietes zukünftig nicht mehr Gegenstand von Ausweisungsmaßnahmen sein dürfen. Rault erklärte, daß die durchgeführte Maßnahme es ihm ermöglichen werde, diejenigen Personen zurückkehren zu lassen, die ausgewiesen worden sind. Bezüglich der Einführung der französischen Währung in der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung des Saarbeckens ist der Völkerbundsrat der Ansicht, daß er keinerlei keinen Anlaß habe, sich zu diesem Beschlusse zu äußern. Der Rat ermächtigte den Generalsekretär, der deutschen Regierung seinen Beschluß zur Kenntnis zu bringen.

Hardings neuer Völkerbund.

Paris, 21. Juni. (U. Z. A.) Nach einer Kabelmeldung des „Newyork Herald" aus Washington haben zwei führende amerikanische Persönlichkeiten ihre Vertreter in Washington um Berichte über den Hardingschen Plan einer neuen Gesellschaft der Nationen ersucht.

Die Hauptpunkte der den Vertretern gegebenen Antwort sind folgende: Die Gesellschaft werde keine Macht haben, die Gesetzgebung ihrer Mitglieder zu beschränken. Sie werde mit einem Rat aus Vertretern einer Anzahl von Nationen arbeiten, deren Entscheidungen mehr beratenden als bindenden Charakter haben sollen. Der ursprüngliche Oberste Rat werde als Kern für die Gesellschaft benutzt werden. Ein internationaler Gerichtshof ohne zwingende Schiedsgerichtsgewalt und ohne Strafmittel solle geschaffen werden.

Amerika zur Abrüstungsfrage.

London, 21. Juni. (T. U.) Reuter. „Times" vernimmt aus Washington folgende Auffassung der Regierung Harding über die Abrüstungsfrage:

1. Man hält den gegenwärtigen Augenblick nicht für günstig für eine Weltkonferenz über die Entwaffnungsfrage.

2. Die Tatsache, daß die Seestreitkräfte Englands, der Vereinigten Staaten und Japans die Vormacht haben, macht es technisch möglich und praktisch wünschenswert, daß man gegenseitig zur Uebereinstimmung kommt, wenn dies würde mehr als alles andere zur Sicherung des Weltfriedens beitragen.

3. Die Regierung ist dem Plan einer Einigung zwischen den drei Mächten über eine Einschränkung der Entwaffnung wohlgesinnt.

4. Man glaubt, daß keine Konferenz zu einberufen zu werden braucht, die die betreffenden Mächte inoffiziell ihre Ansichten ausgetauscht haben.

Hoover gegen die Reparationszahlungen in Dollarwährung.

Washington, 21. Juni. (Frankfurt) des W. T. B.) Handelsminister Hoover erklärte, das Vorgehen der Reparationskommission, die Zahlung der gegenwärtigen Rate der deutschen Entschädigungsabzahlung in amerikanischen Dollars zu verlangen, habe einen scharfen Rückgang der Börse verursacht und eine Schädigung des Handels zur Folge gehabt. Hoover forderte, daß die Kommission eine derartige Politik nicht weiter verfolge und sagte an, die Kommission möge die Rate der Entschädigungsabzahlung entweder in alliierter Währung festsetzen oder der Ankauf von Dollars möge über eine beträchtliche Zeitspanne ausgedehnt werden.

„Newyork Herald" erklärt in einer Meldung aus New York, das Staatsdepartement habe amtlich die Nachricht in Abrede gestellt, daß die Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission Vorstellungen erhoben hätten, um Deutschland zu verhindern, bei Bezahlung seiner Reparationsschuld Wechsel auf New Yorker Banken zu ziehen. Tatsächlich hätten nyhrere Großbanken beim Staatsdepartement gegen das Verfahren Einspruch erhoben, das bei der Tätigung der deutschen Dollarkäufe für die Zahlungen am 1. Juni befolgt wurde. Durch ihren Vertreter in der Reparationskommission Boyden seien die Vereinigten Staaten ferner von der Absicht unterrichtet worden, den Wiedereintritt einer Lage wie der vom 1. Juni zu verhindern. Es seien jedoch weder im ersten noch im zweiten Falle Schritte unternommen worden. Vorstellungen bei der Reparationskommission würden auch nicht in Erwägung gezogen.

Oberster Rat am 10. Juli?

■ **Basel**, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Pariser Blättermeldungen soll der Zusammentritt des Obersten Rates voraussichtlich am 10. Juli, und zwar in Boulogne oder einem andern Küstenort des Aermelkanals erfolgen. Neben der Besprechung der Antwort Griechenlands wird sich der Rat mit der oberschlesischen Frage befassen.

Die Mobilisierung der deutschen Schuld.

L **Paris**, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nachrichten aus gutunterrichteter Quelle besagen, daß der französische Plan für die Mobilisierung der deutschen Schuld durch die Ausgabe von Schuldtiteln, die von den alliierten Regierungen in Höhe der von Deutschland zugegangenen Schuldverschreibungen garantiert werden, von der Wiederherstellungskommission ausgestellt werden wird.

Die finanziellen Vertreter der Alliierten werden sich am nächsten Dienstag in Paris zu einer Konferenz einfinden, um u. a. über die Frage der Festsetzung des Kohlenpreises für deutsche Zahlungen und über die Verteilung der den kleinen alliierten Staaten zufließenden 6½% der deutschen Zahlungen sich zu verständigen. In dieser Frage konnte in den bisherigen Vorverhandlungen eine Einigung noch nicht erzielt werden.

Gegen Materialkäufe in Deutschland.

Paris, 20. Juni. (U. Z. A.) Einige Blätter haben die Nachricht verbreitet, das französische Ministerium für die befreiten Gebiete habe in Deutschland für 1,8 bis 2 Milliarden Materialien bestellt. Das Ministerium dementiert heute abend diese Meldung und erklärt, es seien weder vom Ministerium selbst noch von irgendwelchen Aemtern oder Organisationen, die zu seinem Bereich gehören, irgendwelche Materialbestellungen nach Deutschland vergeben worden, vielmehr habe das Ministerium mit Rücksicht auf die Lage der französischen Industrie alle zuständigen Dienststellen angewiesen, den geschädigten Industriellen von Materialankäufen für den Wiederaufbau abzuraten.

Die französischen „Kulturträger".

—l. **Mainz**, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In letzter Zeit sind laut „Frankf. Zeitung" insgesamt 137 Fälle von Sittlichkeitsverbrechen bekannt geworden, die von den französischen Truppen im besetzten Gebiet verübt worden sind. Unter diesen Fällen befinden sich 40 Notzuchtsfälle, in 70 um Notzuchtsversuch und in 27 um sonstige sexuelle Ausschreitungen gegen Frauen und Mädchen. Von den sämtlichen den alliierten Behörden zur Kenntnis gebrachten Fällen gingen Mitteilungen über das Ergebnis nur in 42 Fällen zu, von denen vier Fälle eine Bestrafung zur Folge hatten, während in 35 Fällen nichts erfolgt ist und drei Fälle noch in der Schwebe sind.

Frankreichs militärische Bereitschaft.

L **Paris**, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Im heutigen Ministerrat, der unter Vorsitz Millerands im Elysee abgehalten wurde, erstattete Briand über die auswärtige Lage Bericht. Der Kriegsminister Barthou gab bekannt, daß die Ausbildung der Jahresklasse 1921 genügend weit vorgeschritten sei, um zusammen mit der Klasse 1920 völlige Sicherheit für die Durchführung alles militärischen Operationen und Bewegungen, die zur Besetzung der Ruhrgebiete, die zur Besetzung der Ruhrgebiete und Sicherung des Weltfriedens beitragen.

Die Regierung ist dem Plan einer Einigung zwischen den drei Mächten über eine Einschränkung der Entwaffnung wohlgesinnt.

4. Man glaubt, daß keine Konferenz zu einberufen zu werden braucht, die die betreffenden Mächte inoffiziell ihre Ansichten ausgetauscht haben.

85 Tote auf der Zeche Mont Cenis.

Eigene Drahtmeldung.

Pa. **Essen**, 21. Juni.

Bei dem Schlagwetterunglück auf der Zeche Mont Cenis hat sich die Zahl der Toten auf 85 erhöht. Das Bergrevierinstitut Dortmund gibt über die Grubenkatastrophe von Mont Cenis einen amtlichen Bericht heraus:

Auf der Zeche Mont Cenis 1—3 in Sodingen (Landkreis Bochum) ereignete sich gestern mittag gegen 12 Uhr in der östlichen Abteilung der 5. Sohle ein Schlagwetter und eine Kohlenstaubexplosion. Durch die Nachrichtwoden wurden die Belegschaften der dritten westlichen Abteilung in Mitleidenschaft gezogen. Bermißt wird niemand mehr. Die von der Explosion betroffenen Betriebe sind sämtlich beschoren. Die örtlichen Brände sind gelöscht. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht aufgeklärt werden. Die sofort nach der Explosion eingeleitete bergbehördliche Untersuchung dauert noch an. Das Unglück ist entstanden offenbar durch einen Sprengschuß in einem schlagwetterreichen Kohlenflöz, dem unmittelbar nach dem Losgehen des Schusses erfolgte eine zweite gewaltige Detonation, der Zug und Schrecken in die Reihen der Bergleute trug. Die Toten sind zum Teil entsetzlich verbrannt, andere wurden durch die Gewalt der Explosion zerschmettert und furchtbar verstümmelt. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß ein Bergmann, der etwa eine Viertelstunde vom Explosionsherd eine Maschine bediente, gegen einen Ständer geschleudert und schwer verletzt wurde.

Zwei Kommissare des Handelsministeriums haben sich heute mittag nach dem Schauplatz der Katastrophe begeben. Es wird von zuständiger Seite erklärt, daß alle Sicherheitsmaßregeln getroffen, und daß insbesondere die Grubenarbeiter seit zwei Monaten mit der elektrischen Grubenlampe ausgestattet waren. Die Zeche Mont Cenis ist seit 1874 in Betrieb. Es ist das erste Mal, daß die Zeche von einem größeren Unglück betroffen worden ist.

Neuer Aktionsplan für Oberschlesien.

London, 21. Juni. (U. Z. A.) Reuter erfährt, daß von der Interalliierten Kommission ein Plan für die progressive Zurückziehung der Polen und der Deutschen in Oberschlesien entworfen worden ist, der gegenwärtig mit beiden Parteien erörtert wird. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Die Not der oberschlesischen Industrie.

Hindenburg, 21. Juni. (W. T. B.) Nachdem seit eine geringe Besserung eingetreten, da die oberschlesischen Gruben und Werke wenigstens im Gang zu halten seien, und die Arbeiterschaft, soweit sie arbeitswillig war, Arbeit finden würde, hat sich in den letzten Tagen die Lage außerordentlich verschlechtert infolge der völligen Verkehrsstockung und auf den Gruben und Kokereien die Stapelplätze überfüllt. Die Förderung der Gruben muß daher einschränkt und zahlreiche Kokereibatterien müssen kaltgestellt werden. Einige Kohlenbahnen sind bereits in Brand geraten.

Der von den Insurgenten als Zwangsverwalter der staatlichen Bergwerksdirektion eingesetzte Direktor Zielewicz steht den Dingen hilflos gegenüber und vermag nur leere Versprechungen zu geben. Die herrschenden Zustände beginnen auch auf die Arbeiterschaft einen immer bedenklicher werdenden Einfluß auszuüben. Die Arbeitslust erlahmt mehr und mehr, jegliche Autorität der Betriebsleiter und Meister ist dahin.

Die Regierung hat zur Linderung der dringenden Not in Oberschlesien 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die durch einen besonderen Staatskommissar mit Hilfe von Vertrauensleuten an die bedürftigsten Kreise der Bevölkerung verteilt werden, die in der Hand der Deutschen sind, zur Verteilung gelangen sollen. Es handelt sich dabei vor allem um Sicherstellung der Ernte in den von den Polen geräumten Aufstandsgebieten.

Hilferuf der Stadt Kattowitz.

Breslau, 21. Juni. (W. T. B.)

Die Stadt Kattowitz hat einen Hilferuf an den Regierungspräsidenten in Oppeln, an das Reichsministerium des Innern in Berlin, an den Reichstag, an den preußischen Landtag und an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln gerichtet, in dem es heißt: Sieben Wochen leiden wir unnennbare unter der durch Bruch des Friedensvertrages verursachten Verwaltungserlosigkeit großpolnischer Eindringlinge und oberschlesischer Insurgenten. Unsere Hilferufe sind bisher wirkungslos verhallt. Die Besatzungsbehörden der Interalliierten Kommission dulden weiter die willkürlichen Maßnahmen der Aufrührer. Von einem Abbau des Aufstandes ist noch nichts zu bemerken, vielmehr gehen die Bestrebungen der Aufständischen allem Anscheine nach jetzt dahin, unter den Augen der Interalliierten Kommission vollendete Tatsachen zu schaffen.

Tagtäglich werden von den auf ungesetzlicher Grundlage geschaffenen Insurgentenbehörden an die allein gesetzlichen, unter dem Befehl der Interalliierten Kommission stehenden bisherigen Amtsstellen Verfügungen erlassen, die nur darauf abzielen, unerträgliche Zustände in polnischen Sinne zu schaffen. Eine im allgemeinen polnisch gesinnte Miliz soll dafür sorgen, die Bevölkerung weiter unter dem polnischen Schrecken zu halten. Mit allerschwerster Besorgnis sieht die Bevölkerung der nächsten Zukunft entgegen, denn man fühlt sich unter den obwaltenden Umständen, deren Besserung noch nicht absehen ist, allgemein vogelfrei. Wann endlich kommt die in Aussicht gestellte Hilfe?

Die Bürgerschaft der Stadt Kattowitz.
gez. Leu, Bürgermeister.

Frankreichs Marinepolitik.

Von

Vizeadmiral a. D. **Hollweg.**

Frankreich war und ist durch seine geographische Lage zwischen drei Meeren, seine guten Häfen und natürlichen Wasserstraßen und den Reichtum seines Landes eigentlich prädestiniert, sowohl wirtschaftlich wie militärisch „die" Seemacht des europäischen Kontinents zu sein. Richelieu begann, der Dreißigjährigen Krieg führend und nützend, in Frankreich eine nationale Volkswirtschaft aufzubauen. Colbert, der Kaufmannssohn aus Reims, erkannte, daß die Entwicklung von Industrie und Ueberseehandel auch durch staatliche Machtmittel gefördert werden müsse. In wechselseitiger Harmonie organisierte er beides. Sein System war aber nicht von Dauer. Die Großmannssucht des „Sonnenkönigs", vielfach von der See abgelenkt durch seinen Minister Louvois, ließ sich Frankreichs personelle und finanzielle Kräfte in Kontinentalkriegen erschöpfen. Die Raubzüge Colberts zwischen sich nicht durchsetzen. Ludwig XIV. ist im Dritten Holländischen Kriege (1674) das, was das Frankreich Poincaré's im Weltkriege ist: Beide haben England die einzige neben Frankreich auf dem Kontinent nach verhandene Seemacht endgültig zu vernichten, und Frankreich gab damit damals, genau wie heute, dem rücksichtslos und gegen die Interessen Kontinentaleuropas seine Seemacht erweiternden England freie Bahn. „Die Inselfage erlaubte fortab den Engländern, alle Welt ungestraft zu beleidigen." (Montesquieu, „Geist der Gesetze".) Schon im Frieden von Nimwegen (1678) mußte Frankreich auf volle Gleichberechtigung mit England verzichten, obwohl 1620 der französische Admiral Tourille bei Beachtung des bedeutsamsten Erfolg zur See gegen England erfochten hatte, den Frankreich übertroffen aufzuweisen hat. Im Frieden von Utrecht (1713) befestigte England seine Vormachtstellung noch weiter. Der Siebenjährige Krieg war der amerikanische Unabhängigkeitskrieg, in dem die englische Vormachtstellung zwar gebrochen wurde, folgten. Schließlich sind die Trafalgar-Campagne Napoleons endgültig auch der letzten der ernsthaften Konkurrenten um die Vorherrschaft zur See.

In die 116 Jahre von 1706 bis 1815 fallen 55 Seekriege zwischen England und Frankreich. In ihnen verlor das letztere seine wichtigsten Außenposten: Canada, Louisiana, Indien und seine Ansprüche auf Aegypten. Gibraltar, Minorca, Malta und den Mittelmeer wurden englisch. Der französische Geograph Reclus sagt: „Mit Quebec (1759) entrissen uns die Engländer die Herrschaft über Amerika und damit vielleicht die Weltherrschaft." England trieb immer kluge, auf Macht basierte Wirtschaftspolitik. Frankreich wollte zu gleicher Zeit See- und Landmacht sein, hatte immer mehr ein Auge auf die See gerichtet und erschöpfte bei wiederholten Anläufen zur Seegeltung seine Kräfte auf dem Kontinent. Aus dieser staatsmännischen Zwiespältigkeit ging immer ein Mangel an finanziellen Mitteln, unter denen die maritime Entwicklung Frankreichs trotz technischen und taktischen Könnens zu leiden hatte. Dabei waren die Staatsumwälzungen Frankreichs dauernd gesteigert. Sie betrugen 1715 218 Mill. M. und unter Ludwig XV. schon 400 Mill. M. Deshalb genügsamig war Frankreich England für Durchführung einer Kolonialpolitik überlegen: 1789 hatte es 25 Mill. Einwohner, England mit Irland nur 15 Mill.

Die französische Revolution, von der Taine sagt, daß sie „das Bild eines in Aufruhr geratenen Zuchthauses bot", zerbrach die französische Flotte ganz. Napoleon schuf zwar eine Seemacht, aber keine Seekriegsmittel, aber er begriff nie, daß eine Flotte zur Entfaltung ihrer vollen Leistungsfähigkeit der Tradition und der Zeit bedarf. Auch im 19. Jahrhundert hat Frankreich nach Perioden gemacht, seine Seemachtspolition wiederherzustellen. In die Zeit von 1841—1861 fallen die drei von Cobden gegeißelten „Flottenpanik". Sie waren hervorgerufen durch Aufrechthaltung der öffentlichen englischen Meinung war, um französischer maritime Rüstungsprogramme durch englische zu hemmen. Nach Abschluß des französisch-russischen Bündnisses wurde in England der „Two Power-Standard" erfunden. Bei Fashoda (1898) streckte sich Frankreich zum letzten Male vor der englischen Seemacht. Es wurde hierfür mit Marokko und später mit der Aufnahme in die Entente Cordiale belohnt.

Der Weltkrieg, der nach dem französischen Historiker Debidour seit 1907 unvermeidlich geworden war, war die Folge. Frankreich, das neben den Vorbereitungen auf den Landkrieg die Binde des Weltkrieges zur See in der Dreadnoughtpolitik nicht zu tragen vermochte, war schon 1914 keine bedeutende Seemacht mehr. Das Schicksal seiner Flotten und seiner Kolonien mußte es im Weltkrieg in die Hände Englands legen. Nur im Mittelmeer versuchte es mühsam seine Position aufrechtzuerhalten. Vor Beginn des Krieges war es tatsächlich den gewaltigen, dem französischen Flottenbau eine Art neuer Basis zu geben. Ein 1912 angenommenes Programm sah für 1920 insgesamt 17 Großkampfschiffe vor. (Das deutsche Flottengesetz rechnete mit 61 Großkampfschiffen.) Im Kriege wurde die französische Flotte nur durch Ankauf zahlreicher Kleiner, in ihrem Werte fragwürdiger Fahrzeuge vermehrt. Der Großkampfschiffbau ruhte ganz.

Jetzt nach dem Kriege steht sich Frankreich genötigt, Stellung dazu zu nehmen, wie seine Marine zur Zukunft ausstehen soll. Die finanzielle Lage zwingt ohne weiteres zur Preisgabe ganz großer Ziele. Was vor dem Stagerrak noch Wert hatte, ist heute alles eitel. Neue Schlachtreiser, wie England sie heute baut, kosten 6 Mill. £, ein modernes U-Boot erfordert 1,2 Mill. £. In Frankreich sind starke Strömungen vorhanden der ersten Kriegsminister Lefèvre vertritt sie, der Marineminister Guist-Hau hat sie mit Erfolg bekämpft), wonach Frankreichs Zukunft am Rhein oder in Polen, nicht aber auf dem Meere liegt. Auch deutsche Armeeoffiziere haben sich wiederholt durch Mangel an Verständnis für Seemachtsfragen ausgezeichnet. Viele französische Seeoffiziere haben, unbeschert durch die Seekriegsgeschichte und verführt durch die geographische Lage